

Gescheiterte Totalrevision CO<sub>2</sub>-Gesetz

# Wie weiter nach der

Das Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz gleicht einem politischen Erdbeben. Einzige Gewinnerin ist die Erdölbranche. Gibt der Bund nicht Gegensteuer, droht eine Umkehr der bisherigen Klimapolitik. Kantonale Gebäudeprogramme und das öffentliche Beschaffungswesen gewinnen an Bedeutung.

Am 13. Juni lehnten die Stimmberechtigten der Schweiz das totalrevidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz mit 51,6% Nein-Anteil ab. Nur in fünf Kantonen fand die Vorlage eine Mehrheit. Das Ergebnis kommt einem politischen Erdbeben gleich. Die Hoffnung, dass die Schweiz bis 2030 ihren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion um mindestens 50% gegenüber 1990 nachkommen kann, rückt in weite Ferne.

## Weiterhin fließen Milliarden Franken ins Ausland

Die usic hat sich an vorderster Front für eine Annahme der Vorlage starkgemacht, mit ihrer eigenen Kampagne «Monday to Friday for Future» und als Mitglied der Allianz «Schweizer Wirtschaft für das CO<sub>2</sub>-Gesetz». Gerade durch die Förderung der kantonalen Gebäudeprogramme und Innovationen im Bereich der Klimamassnahmen über den neu angedachten Klimafonds hätten die Mitglieder der usic profitiert. Anstatt jährlich Milliarden ins Ausland für den Kauf von Kraftstoffen zu bezahlen, wäre die inländische Wirtschaft gestärkt worden.

## Keine Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe

Das Nein hat unmittelbare Folgen für die Klimapolitik und den Wirtschaftsstandort Schweiz. Ende 2021 fällt die Möglichkeit für Unternehmen einzelner Branchen weg, sich mittels Zielvereinbarung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu befreien. Betroffen sind davon aktuell rund 1100 Unternehmen, welche ab dem 1. Januar 2022 abgabepflichtig werden. Ende 2022 entfällt zudem die Möglichkeit einer Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf 120 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>. Auch die kürzlich verlängerten Steuererleichterungen für biogene Treibstoffe läuft Ende 2023 aus. Umgekehrt fällt bereits Ende 2021 die Verpflichtung der Treibstoffimporteure weg, Investitionen in Klimaschutzprojekte zu tätigen.

## Erdölindustrie ist die grosse Gewinnerin

Mit dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz wäre die Möglichkeit zur Abgabebefreiung mittels Abschluss von Zielvereinbarungen auf alle Branchen ausgeweitet worden. Stattdessen sind die bereits betroffenen Unternehmen nun mit Mehrkosten konfrontiert, wodurch der Wirtschaftsstandort Schweiz an Attraktivität einbüsst. Klare Gewinnerin ist die Erdölbranche, welche ab 2022 von signifikanten Erleichterungen profitieren dürfte, sowohl durch den Wegfall von Mehraufwendungen als auch besserer Wettbewerbsfähigkeit konventioneller Kraftstoffe gegenüber biogenen Alternativen.

## Umkehr in der Klimapolitik abwenden – nachhaltige Beschaffungen fördern

Der Bund muss nun rasch dafür sorgen, dass die oben beschriebenen Massnahmen so weitergeführt werden, dass die Anreize zugunsten einer nachhaltigen Energieversorgung sowie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben. Ansonsten droht nicht nur ein Stillstand, sondern sogar eine Umkehr der bisherigen Klimapolitik. Mit der Totalrevision des Beschaffungsrechts für Bund und Kantone hat die öffentliche Hand zudem ein Instrument zur Verfügung, um Nachhaltigkeit und Lebenszykluskosten zu fordern und zu fördern.

## Kantonale Energiegesetzgebungen gewinnen an Bedeutung

Durch den Wegfall des Klimafonds rücken die Kantonalen Energiegesetzgebungen (MuKE 2014) wieder stärker in den Vordergrund. Die Fortführung der Gebäudeprogramme und die Anpassung der Rahmenbedingungen für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen sind vorläufig weitgehend Sache der Kantone. Wie jedoch die finanziellen Mittel für eine Beschleunigung der Modernisierung des Gebäudeparks aus dem nicht realisierten Klimafonds kom-

Text Laurens Abu-Talib, Lea Kusano, usic  
Bild Getty Images

# usic

# Niederlage?

pensiert werden können, steht in den Sternen. Allenfalls ist eine zeitnahe Überarbeitung der MuKE 2014 in Betracht zu ziehen, um die Vorschriften im Gebäudebereich zu verschärfen. Die bisherigen Erfahrungen stimmen jedoch pessimistisch.

## Gletscherinitiative und Stromversorgungsgesetz genügen nicht

Die Gletscheralternative und der vom Bundesrat in die Vernehmlassung gesendete Gegenvorschlag sind keine Alternativen. Die Schaffung eines Verfassungsauftrags bedarf ja wieder eines Umsetzungsgesetzes. So hätte auch das CO<sub>2</sub>-Gesetz durchaus als Teil der Umsetzung der Gletscherinitiative betrachtet werden können. Mit der Annahme werden bei beiden Varianten also weder Zeit noch Mehrwert gewonnen. Ohne das Instrument einer Lenkungsabgabe, verbunden mit einem Klimafonds, liegt die Lösung wohl nur in einem Strauss von Massnahmen. Doch die Zeit drängt.

## Mittelfristig eine politische Patt-Situation

Ein mittelfristiger Lichtblick bietet allenfalls die anstehende Revision des Stromversorgungsgesetzes. Die Liberalisierung

des Strommarkts und die Förderung von Energieverbänden könnten einen Teil zur Erreichung der Pariser Klimaziele beitragen. Doch das genügt klar nicht. Ironischerweise werden nun gerade Umwelt- und Heimatschutzvorschriften zum Hindernis, denn sie verunmöglichen vielerorts die Förderung von Wasser-, Wind- und Sonnenenergie.

## Wirtschaft in der Verantwortung: Think Tank der IngenieurInnen

Für die usic kommt der jetzige Zustand einem Worst-Case-Szenario gleich. Denn die Umsetzung jeder neuen Massnahme bedeutet Zeitverlust. Zeit, die dringend benötigt wird, um die langfristigen Mehrkosten durch den Klimawandel abzuwenden.

Die usic hat bereits letztes Jahr entschieden, ihr Engagement zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDG) auf die Prioritätenliste zu setzen. Dazu hat sie mit dem Initiator Pierre Epars (CEO BG Ingénieurs Conseils SA) den Think Tank «rethink\_ing» ins Leben gerufen.

Die Planerbranche wird stark von Normen und Auftraggebern dominiert, womit im Alltag die Kreativität zuweilen verloren geht. Dabei geht oft vergessen, dass die

Planerinnen und Planer für die Erreichung der SDG eine kaum zu überschätzende Rolle haben.

Mit rethink\_ing soll ein Gefäss geschaffen werden, in welchem Out of the Box an Themen mit hohem gesellschaftlichem Wert gearbeitet werden kann. Dabei orientiert sich rethink\_ing an den Zielen der Sustainable Development Goals.

Mit einem breit diversifizierten Beirat ist der Think Tank angesichts der Komplexität der Themen bestens abgestützt.

Aus Sicht der usic ist es aber wichtig, dass für solche Aktivitäten ein ideeller und wirtschaftlicher Rahmen seitens der Politik und Gesellschaft vorhanden sein muss.

## Fokus auf den Hebel – Anreiz und Innovation

Der Hebel liegt hier bei der Anreizstruktur und der Innovation. Wer Anreize hat, in Innovationen zu investieren, wird schneller zum Ziel gelangen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz wollte viel und verlor dadurch alles. Die usic erwartet, dass sich die Politik wieder klar auf diesen Hebel fokussiert und überschaubare, aber wirkungsvolle Teillösungen rasch umsetzt. ■

# usic

Union Suisse des Sociétés d'Ingénieurs-Conseils  
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen  
Unione Svizzera degli Studi Consulenti d'Ingegneria  
Swiss Association of Consulting Engineers

## Wichtige Links

[www.usic.ch](http://www.usic.ch)  
[www.bilding.ch](http://www.bilding.ch)  
[www.building-award.ch](http://www.building-award.ch)  
[www.iningenieursteckt.ch](http://www.iningenieursteckt.ch)  
[www.facebook.com/topofengineering](http://www.facebook.com/topofengineering)  
[www.twitter.com/usic.ch](http://www.twitter.com/usic.ch)

422 Mitgliedsunternehmungen an rund 1008 Standorten mit gut 14 300 Mitarbeitenden (plus 1465 Lernenden, davon 304 in der BMS-Ausbildung)

**Präsident** Bernhard Berger

**Geschäftsführer** Dr. Mario Marti, Rechtsanwalt, Bern

**Geschäftsstelle** usic, Effingerstrasse 1, Postfach, 3001 Bern

**14 Regionalgruppen** in der ganzen Schweiz, Bruttohonorarumsatz rund 2.58 Mrd. Franken (2019)